

Gerecht umsteuern – Das bringt Dir Europa

Der GRÜNE Europakongress 1.12.2018

Wie EUROPA Deine Freiheit und Daten schützen kann

Es diskutierten Alexandra Geese, GRÜNE Europa-Kandidatin aus Bonn und Matthi Bolte MdL, Netzpolitischer Sprecher der GRÜNEN im Landtag NRW

Es wird das Europa-Wahlprogramm der GRÜNEN kurz vorgestellt. Während des Vortrags wird deutlich, dass die Grünen die Digitalisierung demokratisch, sozial, ökologisch und geschlechtergerecht gestalten möchten.

Ein besonderes Augenmerk soll hierbei auf den Datenschutz gelegt werden, wobei Datenschutz als Freiheitsrecht verstanden wird. Die Europäische Union soll sich hier weder an den USA, wo die Unternehmen nahezu keinerlei Datenschutzkriterien unterliegen, noch an China, wo Menschen unter anderem durch „intelligente“ Videoüberwachung zu gläsernen Bürger*innen werden, orientieren. Die europäische Union kann mit einheitlichen Sicherheitsnormen voranschreiten und es sollen zunehmende höchste Sicherheitsstandards gesetzlich verankert werden.

Wichtigster Meilenstein der letzten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments ist hierbei die Datenschutzgrundverordnung, die GRÜNE maßgeblich erkämpft haben. Diese entwickelt sich bereits nach kurzer Zeit zum Weltstandard des Datenschutzes.

Zur DSGVO wird im Verlauf viel diskutiert. Es wird deutlich, dass es zwar in manchen Fällen umständlich ist, die Verordnung umzusetzen, z.B. für Vereine und Kleinunternehmen. Diese Probleme rühren allerdings im Wesentlichen daher, dass gerade hier in den letzten Jahren die geltenden Datenschutzstandards des deutschen Bundesdatenschutzgesetzes nicht umgesetzt wurden. Insofern werden nach einem „Frühjahrsputz beim Datenschutz“ auch die Standards der DSGVO eingehalten werden.

Deutlich überwiegen allerdings die Vorteile der DSGVO für die Bürger*innen. Die neuen Standards ermöglichen, sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen zu können und die Souveränität über die eigenen Daten zu behalten.

Der technische Fortschritt ist weder rückgängig zu machen noch aufzuhalten. Es ist Aufgabe von Politik diese Veränderung in der Gesellschaft entlang der europäischen Werte zu gestalten. Das heißt auch, dass die EU geeignete Regeln für die Haftung von Maschinen schaffen muss. Sie muss durch Transparenz und Überprüfbarkeit von Algorithmen Diskriminierung durch Suchmaschinen, Filter und Co. verbieten. Denn immer stärker beruhen diese Technologien auf Algorithmen und künstlicher Intelligenz, die zunehmend Entscheidungen für und über Bürger*innen treffen.

GRÜNE wollen jegliche Diskriminierung durch algorithmische Entscheidungen vorbeugen und verhindern, dass bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten durch selbstlernende Systeme verstetigt werden. Besonders betroffen sind im

diesem Zusammenhang ohnehin diskriminierungsgefährdete Gruppen wie Frauen, Minderheiten und ärmere Menschen. Hier wird das Beispiel aus Österreich genannt, wo Frauen im Arbeitsmarkt vom Algorithmus unter Angabe bestimmter Kriterien z.B. Anzahl der Kinder diskriminiert werden.

Im Anschluss werden noch die sozialen Medien als digitaler öffentlicher Raum angesprochen, wo sich Hass, Lügen und Unwahrheiten schnell verbreiten. Völkisch-nationalistische Rechte organisieren und koordinieren sich über soziale Netzwerke. Die Digitalisierung erlaubt Bürger*innen mit eigener Stimme an solchen Debatten teilzunehmen. Gleichzeitig darf nicht Betreiber*innen von sozialen Plattformen überlassen werden, was erlaubt ist und was nicht. Da ist es ganz klare Aufgabe von Politik dies zu regeln, damit dort kein rechtsfreier Raum entsteht.